

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses

Datum: 8. Oktober 2019

Beginn: 17:30 Uhr

Ort: Sitzungssaal des Rathauses

Ende: 19:40 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Seidl, Norbert

Mitglieder des Planungs- Umweltausschusses

Eger, Christine

Keil, Max

ab 17:45 Uhr

Koch, Reinhold, Dr.

Leone, Jean-Marie

Matthes, Sigrun, Dr.

ab 17:35 Uhr

Ponn, Barbara

Pürkner, Erich

Sengl, Manfred, Dr.

Stricker, Hans-Georg

von Hagen, Michaela

Wiesner, Marga

Schriftführer/in

Reichel, Andrea

Verwaltung

Dietel, Katharina

Dufner, Monika

Schmeiser, Beatrix

Wächter, Stella

Abwesende und entschuldigte Personen:

Hofschuster, Thomas

Vertreter ebenfalls entschuldigt

Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung

- | | | |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| TOP 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| TOP 2 | Mobilitätsstationen – Sachstand und Grundsatzbeschluss | 2019/0996 |
| TOP 3 | Bericht zum Themenbereich Stadt - Natur - Artenschutz | |
| TOP 4 | Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 15/16, 2. Teilbereich, Abschnitt
Mitte, für das Gebiet beiderseits der Rainerstraße im Bereich nördlich der
Lochhauser Straße bis zur Lagerstraße
hier: Beratung Eckdaten | 2019/1010 |
| TOP 5 | Antrag der ubp-Fraktion "Aufwertung der Lochhauserstraße - Sofortmaß-
nahmen LOSTq" | |
| TOP 6 | Bereich Loheweg - Bericht aus dem Bauausschuss und weiteres Vorge-
hen | |
| TOP 7 | Bekanntgaben | |
| TOP 8 | Verschiedenes | |

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete um 17:30 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem sich auf seine Frage, ob mit dem Protokoll der letzten Planungs- und Unterausschusssitzung vom 09.07.2019 Einverständnis bestehe, keine gegenteilige Wortmeldung ergab, stellte der Vorsitzende ohne Widerspruch fest, dass damit die Niederschrift dieser Sitzung genehmigt sei.

TOP 2 Mobilitätsstationen – Sachstand und Grundsatzbeschluss

Der Vorsitzende begrüßte zu diesem TOP den Projektkoordinator für den Landkreis Fürstentum, Herrn Martin Imkeller. Herr Imkeller ging in seinem Vortrag insbesondere auf den derzeitigen Stand und die weitere Planung zur landkreisweiten Errichtung von vernetzten Mobilitätsstationen ein. Mit den Mobilitätsstationen würden u.a. Verknüpfungen der Verkehrsmittel des Umweltverbundes und damit auch eine Flexibilisierung des ÖPNV geschaffen sowie Alternativen zum eigenen KFZ angeboten. Besonders wichtig sei dabei ein flächendeckendes Netz – hier landkreisweit und darüber hinaus – und ein einheitliches Angebot, das über eine einheitliche App zu nutzen sei. Dabei sei auch die Integration in den MVV ein wesentlicher Faktor. Herr Imkeller erläuterte den bisherigen Projektverlauf und ging auf das Stationskonzept ein. Aktuell laufe die Abstimmung über das angestrebte einheitliche Design mit der MVG und der Landeshauptstadt München. Bei den Leihrädern werde es sich vorerst um konventionelle Räder handeln; auch bei der MVG kämen E-Räder frühestens ab 2021/22 zum Einsatz. Das dynamische Fahrgast-Informationssystem werde getrennt von diesem Projekt umgesetzt. Zu den Quartiersboxen seien nur sehr verhaltene Rückmeldungen erfolgt, was u.a. an den Kosten von rd. 40.000 € pro Box liegen könne. Beim weiteren Vorgehen sei als erster Schritt wichtig, dass in den Kommunen die Grundstücksfragen bezüglich vorgesehenen Standorte geklärt würden und man sich auf die Standorte und deren jeweilige Ausstattung festlege. Auch bezüglich des Car-Sharings solle es ein einheitliches System geben. Hier werde vom Landratsamt ein Anforderungskatalog zusammengestellt und für nächstes Jahr die Vergabe zusammen mit den Kommunen vorbereitet. Die Förderung der Mobilitätsstationen erfolge durch den Bund über den Projektträger Jülich. Es sei angestrebt, das Förderfenster vom 01.07. bis 30.09.2020 zu nutzen. Sobald die Förderzusage da sei, die frühestens im 1. Quartal 2021 zu erwarten sei, könne man mit der Projektumsetzung beginnen. Der Aufbau der Stationen habe im Landkreis München ca. ein Jahr gedauert; der Förderzeitraum betrage zwei Jahre.

StRin von Hagen fragte hinsichtlich der Fahrradständer für Privaträder nach, die für sie keinen Sinn ergeben würden. Herr Imkeller teilte mit, dass ein Umstieg zwischen Leihrad und eigenem Rad natürlich nicht zu erwarten sei. Die Idee sei hier, dass man an den Mobilitätsstationen auf den ÖPNV umsteigen könne. Diese Abstellplätze im Umkreis der Mobilitätsstationen seien eine Fördervoraussetzung. Dort, wo schon ausreichend Abstellplätze vorhanden seien, wie z.B. am Bahnhof, müssten keine zusätzlichen Plätze geschaffen werden.

StR Pürkner stellte die grundsätzliche Frage, ob das System notwendig sei und wie das Ganze im Betrieb aussehe. Um von seinem Zuhause zum Bahnhof zu fahren, benötige man kein Leihrad. Man könne auch mit dem Bus oder dem eigenen Rad fahren. Zudem biete man attraktive Busse an, die

aber meistens leer fahren würden. Warum solle man Steuergelder ausgeben, wenn man sich privat Räder zwischen 50 und 100 € kaufen könne?

Der Vorsitzende erläuterte daraufhin den Ablauf einer Ausleihe. Über eine App könne man sich die Verfügbarkeit von Rädern an der Station bzw. in der Nähe anzeigen lassen. Das Rad könne man dann über einen QR-Code freischalten und zum gewünschten Zielort fahren. Abgerechnet würde ebenfalls über die App, wozu man ein Guthaben auf dem Konto haben müsse. In München seien die ersten 30 Minuten kostenlos und es gebe Vergünstigungen für Abo-Kunden. Wie dies im Landkreis FFB geregelt werde, stehe noch nicht fest. An den Außenstationen müsse man die Fahrräder an einer Station abgeben. In München können man das Rad im zentralen Gebiet irgendwo abstellen (Free-Floating). Der Vorteil im Vergleich zum reinen Bussystem sei, dass man fahrplanunabhängig sei und damit auch dorthin fahren könne, wo es keine Bushaltestellen gebe oder die Verbindung umständlich sei. Insbesondere Querverbindungen seien mit dem Fahrrad oft besser zu erreichen. Das Angebot richte sich auch an diejenigen, die mit der S-Bahn nach Puchheim kämen und z.B. zum Ikarus-Park fahren wollen. Entsprechende Angebote seien entscheidend für eine Änderung des Mobilitätsverhaltens.

StRin Eger erkundigte sich, wie man sicherstellen wolle, dass die Räder wieder an den Stationen zurückgegeben würden. Es sei furchtbar, wenn die Räder – wie in München - kreuz und quer auf den Gehwegen stehen würden.

Der Vorsitzende verwies auf die schlechten Erfahrungen in München mit manchen Anbietern. Die Problematik seien vor allem auch Schrotträder. Bei MVG-Rad erhalte man in München eine Zeitgutschrift von z.B. 30 Minuten, wenn man das Rad an eine Station zurückbringe. Herr Imkeller ergänzte, dass man bei der MVG nur ein ganz geringes Problem mit Vandalismus habe. Nutzer, die ihr Rad außerhalb des Geschäftsgebietes (wo man die Räder frei abstellen kann) nicht an einer Station zurückgeben würden, müssten eine Strafgebühr und zusätzlich eine Aufwandsentschädigung für die Kilometer bis zur nächsten Station zahlen.

StR Dr. Sengl führte aus, dass man neue Angebote machen müsse, wenn man das Mobilitätsverhalten beeinflussen wolle. Das vorgesehene Konzept sei eine gute Lösung, insbesondere da es nicht nur eine Insellösung für Puchheim sei, sondern im ganzen Landkreis und München einheitlich angeboten werde. Man gewinne dadurch eine unglaubliche Flexibilität. Mit der gleichen App könne man auch in München fahren. Auch die Auswahl und die Anzahl der Stationen finde er gut. Das System sei auch vom Umweltbeirat befürwortet worden. Von diesem werde eine weitere Station beim Friedhof Schopflach angeregt, da es im angrenzenden Wohnquartier noch keine Station gebe. Das Projekt sei gut vorbereitet, funktioniere aber nur mit einer Förderung durch den Bund.

Die Frage nach der Abstellmöglichkeit, wenn z.B. die Station am Bahnhof schon vollständig belegt sei, beantwortete Herr Imkeller wie folgt: Man könne dann das Rad direkt neben der Station abstellen. Die Räder im Umkreis würden von der Mobilfunkstation in der Stele erfasst, wobei man den Umkreis individuell einstellen könne. Auch diese Räder würden dann als an der Station zurückgegeben erfasst.

StR Dr. Koch teilte seine etwas skeptische Einschätzung mit, wobei dies aber seiner Befürwortung des Projektes nicht im Wege stehen würde. Er selbst würde nicht überall mit dem Leihrad hinfahren, sondern das eigene Rad nutzen. Ein großer Vorteil liege in einer Nutzung zwischen Gröbenzell und Puchheim. Man habe dann die Wahlfreiheit, ob man am Abend die S4 oder S3 benutze. Das Problem der Schrotträder am Bahnhof werde man mit dem System nicht lösen; diese würden überwiegend von Schülern des Gymnasiums abgestellt. Zum Bahnhof werde man weiterhin mit dem eigenen Rad fahren. Die Anzahl der ausgewählten Stationen sei gerade richtig für den Anfang. Es sei nicht gut, dass

das dynamische Fahrgastinformationssystem nicht so schnell komme. Zudem stehe beim X80 an der Haltestelle in Moosach „Puchheim“ als Ziel nicht drauf. Er fragte hinsichtlich der Verknüpfung mit dem anstehenden Bushaltestellenumbau nach.

Herr Imkeller stellte klar, dass das Fahrgastinformationssystem nicht später komme, sondern die Planung erfolge über den MVV. Die Einladungen zu einer diesbezüglichen Veranstaltung im LRA würden demnächst verschickt. Für Puchheim werde die Planung auch schon etwas konkreter. Dass Puchheim in Moosach nicht angezeigt werde, sei wahrscheinlich ein Fehler. Er werde diesbezüglich an den MVV herantreten. Zum barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen erklärte er, dass der Ausbau bis 2022 vorgeschrieben sei. Dies sei ein eigenes Projekt. Aber da wo es Sinn mache bzw. ein Umbau für eine Mobilitätsstation erforderlich sei, würden die Maßnahmen verknüpft.

StR Stricker führte aus, dass das Ganze momentan noch eine theoretische Geschichte sei. In der Praxis müsse sich das Projekt aber erst noch beweisen. Er sehe einen Nutzen für Besucher, die von auswärts kommen. Er werde dafür stimmen, weil es doch ein Versuch sei, die Bürger auf das Fahrrad zu bringen. Ob dies über das ganze Jahr funktionieren werde, halte er aber für fraglich. Er sehe auch ein Problem bei der Rückführung der Räder, auch wenn eine Strafe angedroht werde. Auch wenn er noch skeptisch sei, sei es einen Versuch wert.

StR Leone berichtete, dass die SPD-Fraktion dem Projekt sehr positiv gegenüberstehe. Auch für Pendler sei das Leihradssystem sehr sinnvoll. Nicht jeder wohne in der Nähe des Bahnhofs oder komme in der Nähe seines Ziels an. In Puchheim gebe es viele Wege von Nord nach Süd oder umgekehrt und nicht jeder habe Platz für ein Fahrrad. Er halte die Umsetzung für unabdingbar. Seine Fragen seien: Sei die Wartung in den Kosten bereits eingepreist? Wie würden die Einnahmen verteilt? Wie sehe die Haftung bei mangelhaften Rädern aus?

Herr Imkeller informierte, dass die Wartung inklusive sei und das genannte Betriebskostendefizit die Obergrenze darstelle, da das bedeuten würde, dass das Rad in einem Jahr kein einziges Mal genutzt werde. Die Abrechnung erfolge so, dass bei Ausleihe und Rückgabe an der selben Station die Einnahmen zu 100% dieser Station zugerechnet würden. Bei Ausleihe an einer und Rückgabe an einer anderen Station würden die Einnahmen beiden Stationen anteilig zu je 50 % gutgeschrieben. Die Haftung liege seines Wissens bei der MVG. Hier werde er aber nochmal nachfragen, wie das genau aussehe. Die Anlagen und die Räder würden der MVG gehören und nicht in das Eigentum der Stadt übergehen.

StRin von Hagen stellte fest, dass Puchheim-Bahnhof Süd im Vergleich zum Norden nicht so gut vertreten sei. Deshalb finde sie den Vorschlag, eine Station im Bereich Friedhof Schopflach zu ergänzen, gut. Nachfragen wolle sie, warum ihr Vorschlag für die Planie nicht umgesetzt werde.

Herr Imkeller erläuterte, dass man bei den Stationen einen Einzugsbereich von 400 m zugrunde gelegt habe; hinzu gekommen seien wichtige Ziele, wie z.B. das PUC. Das Wohnquartier Planie liege sehr nahe an der Bahn. Man werde sich nicht für 200 m ein Rad zur Fahrt an den Bahnhof ausleihen. Es sei aber natürlich denkbar, das System später zu erweitern. Bislang habe man relativ defensiv geplant; auch im Hinblick auf die Kosten.

Der Vorsitzende fasste zusammen, dass noch überprüft werde, ob eine weitere Station im Bereich Schopflach sinnvoll sei. Nachdem zu den einzelnen Standorten kein Beratungsbedarf mehr angemeldet wurde, stellte er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Beschluss

Der Planungs- und Umweltausschuss befürwortet grundsätzlich die Einrichtung der vorgeschlagenen Mobilitätsstationen im Stadtgebiet und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Planungen gemeinsam mit dem Landratsamt weiterzuführen. Für das Jahr 2020 werden zunächst Investitionskosten in Höhe von ca. 300.000 € im Haushalt bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

TOP 3 Bericht zum Themenbereich Stadt - Natur - Artenschutz

Frau Dufner wies eingangs Ihres Berichts daraufhin, dass in Puchheim seit einigen Jahren verstärkt Maßnahmen zum Erhalt und zur Förderung der Artenvielfalt und zum Schutz des Klimas durchgeführt würden. Hierzu gehören neben der Anlage von Blumen- und Streuobstwiesen u.a. das Projekt Stadtbeete, Ausgleichs- und Ökokontofläche sowie aktuell der Stationenpfad, das Wildbienenprojekt und die ökologischen Grüninseln. Mit der Anlage der ersten Blumenwiesen habe man 2008 begonnen und in den folgenden Jahren weitere Flächen geschaffen. 2018 und 2019 seien unter Beteiligung an dem Projekt „Brucker Land blüht auf“ weitere Blühflächen hinzugekommen. Hervorzuheben sei die heuer zusammen mit Bauernobmann Huber umgesetzte Blumenwiese entlang der Eichenauer Straße, der auch den angrenzenden Streifen seines Feldes beigesteuert habe. Am aufwändigsten, aber auch am ökologisch wertvollsten, sei die Anlage des Magerstandorts beim Ikaruspark gewesen. Das Stadtbeete-Projekt habe sich inzwischen sehr gut etabliert und die Nachfrage sei groß. Frau Dufner stellte die in diesem Jahr durchgeführten Maßnahmen vor. Dazu gehörten z.B. die Aufstellung weiterer Hochbeete, verschiedene Pflanzaktionen, eine Kräuterführung und vieles mehr. Als künftige Projekte seien aufgrund der großen Nachfrage ein zweiter Standort für einen Bürgeracker, weitere Hochbeete und eine ansprechende Beschilderung usw. in Planung. Der Stadtnatur-Pfad am Planieweg mit seinen verschiedenen Stationen werde am 13.10. eröffnet. Zudem werde zwischen der Mooslängsiedlung und Puchheim-Ort ein Wildbienengarten angelegt. Gemäß dem Stadtratsbeschluss sollen die Grüninseln der Stadt ökologisch umgestaltet werden. Der Umweltbeirat habe sich bereit erklärt, die Bestandsaufnahme der rd. 700 Grüninseln zu machen. Für die verschiedenen Grüninselarten werde man dann modellhaft Konzepte mit Gestaltungs-, Pflanz- und Pflegevorgaben erarbeiten. Mit der Umsetzung solle dann im Frühjahr begonnen werden. Neu aufgelegt werden solle eine Förderung „Naturnaher Garten“; hier gebe es ein sehr gutes Beispiel aus Friedrichshafen. Das Projekt „Plant for the Planet“ solle mit dem P-Seminar des Gymnasiums umgesetzt werden. Abschließend ging Frau Dufner noch auf die Gesetzesänderungen in der Folge des Volksbegehrens zur Bienenrettung ein. Hier gebe es neue Vorgaben, wie z.B. 5 m breite Pufferstreifen entlang von Gewässern, ein Fällverbot für Alleen oder ein Verbot die „Lichtverschmutzung“ nachts im Außenbereich sowie verschiedene Fördermaßnahmen und Vorgaben zum Schutz der Artenvielfalt und Naturschönheit. Außerdem müsse sich die Stadt noch mit verschiedenen Empfehlungen auseinandersetzen.

StR Keil bedankte sich für die Präsentation und die Umsetzung der gesamten Projekte im Jahr. Hier werde viel von der Stadt vorgeleistet. Man solle die Bürger mehr beteiligen und mehr selbst Hand

anlegen lassen. Vielleicht könne man in Zukunft auch noch mehr mit den Landwirten zusammenarbeiten. Bei den Grüninseln habe es früher Patenschaften gegeben; dies solle man wieder aufgreifen.

Frau Dufner berichtete, dass es die Grünpaten nach wie vor gebe und dies künftig noch ausgebaut werden solle. Auch sonst lebe das Projekt von der Bürgerbeteiligung. Beim Wildbienenprojekt arbeite man mit Landwirten und dem Bund Naturschutz zusammen. Mit Schülern gebe es ebenfalls Projekte. Hier sei man auf einem ganz guten Weg.

Der Vorsitzende hob hervor, dass die Stadtbeete ein Projekt für die ganze Stadt seien und es sich insgesamt um ein Bürgerprojekt handle. Jeder Bürger sei aufgerufen sich mit seinen Ideen und seiner Mitarbeit einzubringen.

StR Pürkner stellte fest, dass das Projekt angesichts der Bevölkerungsstruktur in Puchheim ein Segen für das soziale Klima in der Stadt sei. Er erkundigte sich, ob es Ärger gebe, wenn Beete von jemandem bepflanzt und dann von anderen geerntet würden? Benötige es hier eine ordnende Kraft? Gebe es aufgrund der großen Nachfrage nach dem Bürgeracker evtl. Bedarf für einen weiteren Krautgarten?

Frau Dufner erklärte, dass der Bürgeracker für die Nutzer nichts koste und im Vergleich zum Krautgarten einfacher und lockerer zu nutzen sei. Im Stadtgebiet gebe es nicht so viele geeignete Flächen, aber beim Wohnpark Roggenstein wäre ein weiterer Bürgeracker möglich. Zur Erntefrage erläuterte sie, dass die Bürger, die z.B. die Hochbeete bepflanzen, wissen würden, dass dort alle ernten dürfen. Hier gebe es keine Probleme.

StR Leone bedankte sich ebenfalls für die Umsetzung der vielfältigen Projekte. Man sei damit auf einem guten Weg. Schön sei auch, dass nahezu alle Projekte noch laufen würden, was den Erfolg zeige. Gerade bei den Stadtbeeten handle es sich um niederschwellige Angebote, die von vielen genutzt werden könnten.

**TOP 4 Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 15/16, 2. Teilbereich, Abschnitt Mitte, für das Gebiet beiderseits der Rainerstraße im Bereich nördlich der Lochhauser Straße bis zur Lagerstraße
hier: Beratung Eckdaten**

Der Vorsitzende erinnerte die bisherigen Beratungen zu diesem Gebiet. Zur Erläuterung der ermittelten Bestandsdaten und der sich daraus ergebenden Eckpunkte übergab er das Wort an Frau Wächter.

Frau Wächter erläuterte die Ziele der Planung, die u.a. eine Regelung der Höhenentwicklung, die Zulassung von zwei Vollgeschossen in der zweiten Baureihe bei Festlegung einer max. Firsthöhe und eine maßvolle Nachverdichtung umfassen würden. Bei der Überplanung eines Altbaugebietes müsse man sich zunächst den Bestand ganz genau anschauen und mit der Planung an die bestehende Bebauung anknüpfen. Wenn man bestehendes Baurecht im Rahmen einer Überplanung reduziere, könne ggf. eine Entschädigungspflicht entstehen.

Hinsichtlich der Art der Nutzung werde im zentralen Bereich, der mit Ausnahme einer Pension nur reine Wohngebäude aufweise, ein reines Wohngebiet (WR) und in den nördlichen und südlichen

Randbereichen jeweils ein allgemeines Wohngebiet (WA) vorgeschlagen. Dabei sei der Ausschluss von Tankstellen und Gartenbaubetrieben im WA sinnvoll.

Der Vorsitzende stellte zur Abstimmung, ob mit der vorgeschlagenen Aufteilung WR/WA Konsens bestehe:

Keine Gegenstimme.

StR Pürkner hielt es für fraglich, ob man angesichts der fortgeschrittenen Zeit und der anschließenden weiteren Ausschusssitzung mit diesem TOP fertigwerden könne, ohne dass die Beratung zu kurz komme. Er stellte den Antrag, diesen und die weiteren Tagesordnungspunkte zu vertagen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 6 Stimmen

Der Antrag war damit nicht erfolgreich. Die Sitzung wurde daraufhin fortgesetzt.

Frau Wächter erläuterte anhand der Präsentation das vorhandene Maß der baulichen Nutzung. Dabei ging sie u.a. auf Folgendes ein: Überwiegend bestehe die Bebauung aus Wohnhäusern mit zwei Vollgeschossen, die GRZ liege bei 0,09 bis um 0,25 und die GFZ überwiegend zwischen 0,3 und 0,5. Ausgenommen hiervon seien einzelne Ausreißer, wie das zunächst als Altenheim beantragte Wohnhaus an der Rainerstraße 37 und die Reihenhausbebauung in Split-Level-Bauweise im südlichen Bereich. Dann ging sie auf die mögliche Entwicklung der künftigen Nutzungsdichte auf der Grundlage einer GRZ von 0,25 oder einer bewussten Begrenzung auf eine niedrigere GRZ, wie z.B. 0,22, ein. Im Bereich des WA im Süden würde aufgrund des Bestandes an größeren Wohngebäuden und der Orientierung zur Lochhauser Straße mit einer GFZ von 0,54 eine größere Dichte vorgeschlagen. Die Reihenhäuser sollten eine Einzelfestsetzung erhalten. Bei den Ausreißern stünde die Möglichkeit einer Fremdkörperfestsetzung einer dem Planungsziel angepassten Festsetzung und dem damit verbundenen Verlust an Baurecht gegenüber. Hinsichtlich der Höhenentwicklung würden die Gebäude im Gebiet überwiegend eine Firsthöhe bis 10 m aufweisen; 13 Gebäude wären allerdings höher. Die E+D-Gebäude in zweiter Baureihe wären niedriger und seien bis 8,5 m hoch. Hinsichtlich der beantragten Aufstockung teilte sie mit, dass das Landratsamt diese als nicht genehmigungsfähig angesehen habe und verwies auf die vorgelegte Stellungnahme und den Nachbareinwand. Für die Eckdaten würde entlang der Straßen eine Höhe bis 11 m und in der zweiten Baureihe eine Höhe zwischen 9 und 10 m zur Beratung gestellt.

Eine einheitliche Bauweise gebe es im Quartier nicht. Hier werde eine Steuerung mittels Baugrenzen vorgeschlagen, wobei ein Abrücken von der Straße angestrebt werde. Garagen und Stellplätze würden das Straßenbild ebenfalls prägen und zu einer Verödung des Straßenraums führen. Dies sei auch durch den hohen Stellplatzschlüssel bedingt. Der Minimalvorschlag sei hier, die Garagen und Stellplätze um ein gewisses Maß von der Straße abzurücken und grünordnerische Festsetzungen zu treffen. Eine Lösung für nicht erschlossene Grundstücke in zweiter Baureihe müsse man bei der weiteren Planung noch suchen. Zudem sei die öffentliche Fläche in der Rainerstraße teilweise nur 4 m breit, weshalb hier Straßengrundabtretungen angestrebt werden sollen.

Der Vorsitzende stellte im Anschluss an die Präsentation fest, dass die Zeit nicht mehr für eine eingehende Beratung reichen würde. Deshalb schlage er vor, den Vortrag zur Kenntnis zu nehmen und die Beratung auf die nächste Sitzung zu vertagen. Die Präsentation werde den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob sich jemand gegen die Vertagung ausspreche, erfolgte keine Meldung.

TOP 5 Antrag der ubp-Fraktion "Aufwertung der Lochhauserstraße - Sofortmaßnahmen LOSTq"

Der Vorsitzende fragte den Antragsteller, ob er den Antrag noch einbringen wolle oder mit einer Vertagung einverstanden sei.

StR Dr. Koch bedauerte die Vertagung, da zu diesem Punkt auch Zuhörer gekommen seien. Aber im Sinne einer qualitätvollen Beratung stimme er der Vertagung zu.

Aus dem Ausschuss kamen keine Einwände zur Vertagung.

TOP 6 Bereich Loheweg - Bericht aus dem Bauausschuss und weiteres Vorgehen

Der Vorsitzende vertagte den TOP mit Zustimmung der Ausschussmitglieder.

TOP 7 Bekanntgaben

Vertagt.

TOP 8 Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende beendete die Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses um 19:40 Uhr.

Vorsitzender:

Schriftführer/in:

Norbert Seidl

Andrea Reichel

Erster Bürgermeister